

ZÄSUR UND SCHWERE ENTSCHEIDUNGEN ALS ABGEORDNETER DURCH DIE PANDEMIE

Noch **Anfang März 2020 hätte wohl kaum jemand geahnt**, was uns in den nächsten Monaten bevorsteht.

Vorweg: dass wir 15 Monate später nicht nur **wirksame Impfstoffe** haben, dass wir die **Hälfte der Bevölkerung geimpft haben**, dass unser Gesundheitssystem gehalten hat und etwa **drei Viertel der Menschen** in unserem Land **keine finanziellen Einbußen** hatten, darf durchaus Zuversicht machen.

Für die Politik hat sich eine Menge geändert. Zehn Jahre lang waren wir an eine gute wirtschaftliche Entwicklung gewöhnt, konnten aus **Überschüssen** investieren und sogar **sechs Milliarden Euro Schulden zurückzahlen**. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob Berlin sein **wirtschaftliches Wachstum** wieder erreicht, das sich ganz wesentlich auch durch Tourismus speist.

Die Pandemie hat aber auch eine **Atempause** verschafft. Von 2011 bis 2019 ist die Einwohnerzahl jedes Jahr stark gestiegen. Das ist 2020 und 2021 anders. Und ermöglicht damit, beim **Bau von Wohnungen** und **Ausbau von Schul- und Kitaplätzen** aufzuholen.

Als Bildungspolitiker waren es immer besonders schwere Entscheidungen. Größtmögliche **Sicherheit für Kinder** und ihre Familien versus dem Recht auf **gute Bildung und Betreuung**. Jede Verschärfung begleitet von Protesten derer, die starker Bildung die Priorität einräumen, jede Lockerung wütend kommentiert von denen, die Gesundheit und Sicherheit vorn sahen.

Für **Kinder und Jugendliche** machen diese anderthalb Jahre einen **größeren Teil ihres Lebens** aus als bei uns Lebensälteren. Ein **Schwerpunkt** der nächsten Monate muss das **Aufholen** sein: **nicht nur Schulstoff, sondern auch soziale Kontakte** im Sportverein, in Musikschulen und anderswo.

Dass **Franziska Giffey** noch als Familienministerin entsprechende Programme auf den Weg gebracht hat, **wird sich für Kinder und Familien auszahlen**.

Ich bin froh, dass es nun wieder losgeht. Mit Sporttreiben, Kino und Theater, Gastronomie und Reisen. **Bleiben wir zuversichtlich, vorsichtig und vor allem gesund.**

WAHLKREISBÜRO IN CORONA-ZEITEN

Aufgrund der Corona-Pandemie bitten wir Sie nur einzeln und mit Maske im Büro zu erscheinen. Masken und Desinfektionsmittel stellen wir Ihnen auch gerne zur Verfügung.

Durch die Einschränkungen ist das Büro derzeit nur zwei Tage

die Woche geöffnet. Wir hoffen bald wieder wie gewohnt vier Tage die Woche öffnen zu können.

Für kurzfristige Änderungen schauen Sie bitte vor Ihrem Besuch hier vorbei:

www.dennis-buchner.de

Öffnungszeiten

Di 10:00 – 16:00 Uhr
Do 10:00 – 16:00 Uhr



WAHLKREISBÜRO
BÜHRINGSTRASSE 6, 13086 BERLIN

MAIL-KONTAKT
INFO@DENNIS-BUCHNER.DE



16. AUSGABE / 02-21

Kiez
ZEITUNG

BLANKENBURG

DENNIS-BUCHNER.DE

LIEBE NACHBARINNEN UND NACHBARN,

anderthalb Jahre nach Ausbruch einer weltweiten Pandemie sieht es so aus, als bekämen wir sie in den Griff. In Rekordzeit wurde ein Impfstoff entwickelt, inzwischen haben mehr als 50% der Bevölkerung mindestens eine Dosis erhalten und das Infektionsgeschehen nimmt ab. Neben aktuellen Themen aus dem Kiez beschreibe ich in dieser Ausgabe auch, wie sich die letzten 15 Monate für mich gestaltet haben.

Viel Spaß beim Lesen und bis bald,

Ihr Dennis Buchner



BEREITSCHAFT ZU ECHTER BETEILIGUNG FEHLT

KRITIK AN VERKEHRSSENATORIN GÜNTHER VON DEN GRÜNEN

Hochhäuser in der Erholungsanlage Blankenburg und der KGA Familiengärten, eine **vierspürige Tangentiale zwischen zwei Autobahnen durch Blankenburg** und ein neues Gewerbegebiet auf dem Golfplatz: die **Darbietungen** von den **Senatorinnen Lompscher (Linke) und Günther (Grüne)** anlässlich der Projektvorstellung „Blankenburger Süden“ im März 2018 wirken in der Rückschau, nach gut drei Jahren, fast ein wenig skurril. Selbstverwirklichung am Reißbrett war wohl das Motto von Stadtplanern, die bestenfalls mit Google Maps mal einen Einblick nach Blankenburg genommen haben.

Noch auf **dieser skurrilen Veranstaltung habe ich**, selbst von der Vorstellung der Verwaltung schockiert, **sehr deutlich gesagt, dass es so nicht kommen wird und es dafür keine politischen Mehrheiten geben wird**. Weder die Variante A, noch B noch C seien zustimmungsreif. Einzig einer Bebauung auf den Rieselfeldern südlich des Blankenburger Pflasterwegs könne

die SPD zustimmen. Die hämischen Kommentare der Grünen-Politiker Andreas Otto und Antje Kapek, wie ein Sozialdemokrat Wohnungsbau verhindern wolle, habe ich mir bis heute aufbewahrt.

Tatsächlich waren die hochtrabenden Pläne schon Tage danach im Papierkorb verschwunden, nachdem offenbar auch ein paar linke Politiker, die schon mal in Blankenburg waren, bei Senatorin Lompscher angerufen hatten. Fortan wurde tatsächlich in einem Projektbeirat unter Beteiligung auch von Initiativen aus Blankenburg und Heinersdorf über das Projekt beraten.

Nach drei Jahren liegen Entwürfe für eine Mischung aus Bebauung und Kleingewerbe vor. Doch statt den Blick auf gut genutzte Flächen zu richten, wurden für die Variante D auch Flächen des Gewerbegebiets in Heinersdorf in den Blick genommen, für das es seit Jahren Pläne zur Umgestaltung gibt. (Fortsetzung auf Seite 2)

DENNIS BUCHNER MdA
DENNIS-BUCHNER.DE

WAHLKREISBÜRO
BÜHRINGSTRASSE 6, 13086 BERLIN

MAIL-KONTAKT
INFO@DENNIS-BUCHNER.DE



Kurzum: Wir wissen heute, wie in etwa 15 Jahren ein neues Stadtquartier aussehen könnte. Aber: Wir wissen noch nicht sicher, wie sich die heute vorhandenen Verkehrsprobleme rund um den Doppelknoten lösen lassen.

Für die Verkehrslösung gibt es mehrere Varianten...

Die Politik hat sehr deutlich gemacht: Wohnungsbau wird erst dann ermöglicht, wenn die verkehrliche Infrastruktur geschaffen ist. Die beiden Hauptprobleme sind bekannt: die unechte Kreuzung (Doppelknoten) aus Krugstege, Plasterweg und Bahnhofstraße, die zu massivem Rückstau an den Ampeln führt. Und der mangelnde Anschluss an die leistungsfähige S-Bahn im Westen Blankenburgs, für einen schon heute wachsenden Verkehrsraum.

Die Frage, wie man den Doppelknoten auflösen kann, stellt sich schon länger. Die Verkehrsverwaltung hat dazu unterschiedliche Vorschläge erarbeitet. Dazu gehört eine Kreisverkehrslösung, wie sie häufig aus dem Dorf gefordert wurde, aber auch eine Weitung des Querschnitts der Kreuzung, kurz: Mehrspurigkeit beim Abbiegen.

...aber die Vorzugslösung der Verwaltung taugt nicht.

Die Verkehrsverwaltung bevorzugt eine Lösung, in der man den Verkehr gesammelt als gemeinsame Trasse durch die Anlage Blankenburg führt. Also: Tram, Straße und Radweg als breite Trasse von etwa 32 Metern durch die Erho-

lungsanlage. Der Verkehr soll dann kurz vor der Bahnbrücke wieder auf die Bahnhofstraße einbiegen, die Tram irgendwann auf dem Bahnhofsvorplatz (also dort, wo heute z.B. ein Gebrauchtwagenhandel sitzt) enden.

Wieder einmal scheinen der Verkehrsverwaltung Vorgaben seitens der Politik ziemlich egal zu sein. Nachdem die Politik eine Tangentialverbindung von ähnlicher Breite durch die Erhöhungsanlage abgelehnt hat, kann die Verwaltung für eine ähnliche breite Sammeltrasse nicht ernsthaft Zustimmung erwarten.

Arbeitsaufträge werden nicht erledigt:

Ärgerlich ist insbesondere, dass die Grüne Verkehrssenatorin Günther klare Aufträge aus der rot-rot-grünen Regierungskoalition und aus Beschlüssen der Pankower Bezirksverordnetenversammlung nicht erledigt.

Dazu gehört vor allem, zu prüfen, inwieweit eine Tram-Verbindung auch anders geführt werden kann – beispielsweise mit einem Anschluss an den S-Bahn-Außenring, der mit einem Bahnhof an der Sellheimbrücke etwa 2035 geschlossen werden soll.

Kurios ist, dass die Vorzugsvariante der Verwaltung die Bahnhofstraße zwischen Krugstege und Bahnbrücke quasi stilllegen will.

Ausgerechnet auf der „gelernten“ Straße, auf die sich ja auch bei Bauvorhaben eingestellt wurde, soll also dann kaum noch gefahren werden.

TRANSPARENZ ÜBER MÖGLICHE VERKEHRSLÖSUNGEN HERSTELLEN

In einem Brief an die grüne Verkehrssenatorin Frau Günther habe ich gefordert, nunmehr auch beim Thema Verkehr für echte Beteiligung zu sorgen, das Für und Wider der möglichen **Verkehrslösungen für Blankenburg** in öffentlichen Veranstaltungen zu erläutern und in Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Engagierten aus Blankenburg trag- und mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Dazu könnte man eine Art Projektbeirat einrichten.

Meine Position bleibt dabei klar: Was in Blankenburg gemacht wird, muss in erster Linie **die Situation verbessern**, für alle, die heute schon hier leben. Dazu gehören leistungsstarke, schnelle **Radwege**. Ein **Kiezbus**, der schnellen

Anschluss an den Nahverkehr schafft. Nahverkehr, der es für die heutigen Bewohner des Dorfes attraktiver macht, öfter das Auto stehen zu lassen. Dazu gehört die Perspektive auf den **S-Bahnhof im Osten des Ortsteils**. Und dazu gehören auch **leistungsfähige Stadtstraßen**. Was Blankenburg ausdrücklich nicht braucht, sind Schnellverbindungen, die noch weitere Querverkehre in den Ort ziehen.

Den entsprechenden Diskussionen darüber stellen sich bisher aber weder die Senatorin, noch ihr Staatssekretär. Und damit unterscheidet sich die Grüne Verkehrsverwaltung von der links geführten Stadtentwicklung. Hier hat sich die Hausspitze zumindest der Diskussion gestellt.

KEIN EINZIGER NEUER RADWEG UNTER GRÜNER VERANTWORTUNG

In Weißensee, Blankenburg und der Stadtrandsiedlung Malchow sind in Verantwortung der Grünen von 2017 bis heute exakt **NULL Meter** neue Radverkehrsanlagen entstanden. Das hat die Antwort auf meine schriftliche Anfrage ergeben. Einmal mehr zeigt sich, dass Grüne Verkehrspolitik leider spätestens am S-Bahnring endet. Dabei haben die grün geführten Verwaltungen nicht nur nichts dafür getan, dass neue Radwege entstehen, sondern Planungsprozesse auch aktiv verhindert.

Der längst im Bundesverkehrswegeplan angemeldete **Umbau der Berliner Allee** u.a. zur Schaffung sicherer Radverkehrsanlagen wird aktiv behindert und auf die lange Bank geschoben. In Aussicht gestellt bis Ende 2021 ist noch der

Neubau eines Weges am Fließgraben inklusive der Anbindungen Parkstraße und Heinersdorfer Straße.



Auch eine weitere Enttäuschung offenbart die Anfrage: **die seit 2018 versprochene Erweiterung der Abstellflächen für Fahrräder am S-Bahnhof Blankenburg ist ebenfalls bisher nicht erfolgt.** Die Ankündigung, dass die Schaffung weiterer Stellplätze in 2021 noch geplant ist, bleibt vage. Autofahren madig machen reicht nicht, sondern man muss Radfahren und den ÖPNV attraktiver machen.

Für Weißensee, Blankenburg und die Stadtrandsiedlung bringt grüne Verkehrspolitik offensichtlich gar nichts.